



Montag, 18. Oktober 1976

Blatt 2394

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:  
(rosa)

Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe:  
Forcierte Sanierungsmaßnahmen

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Pressegespräch von Bürgermeister Gratz

Lokal:  
(orange)

Zwei neue Kindergärten für den 21. und 22. Bezirk

Aspernplatz wird Julius Raab-Platz

Dritter Sonderkindergarten für Wien

Zum Weltspartag: Eine Million für Wiener  
Naturschutz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 Uhr bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



L o k a l :

\*\*\*\*\*

zwei neue kindergaerten fuer den 21. und 22. bezirk

1 wien, 18.10. (rk) zwei neue kindertagesheime der stadt wien werden naechsten montag, den 25. oktober, von vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r ihrer bestimmung uebergeben werden. um 9 uhr wird der kindergarten wien 21, meistergasse (grossfeldsiedlung), um 10.30 uhr das kindertagesheim in wien 22, rennbahnweg 29, offiziell eroeffnet werden. damit kann die stadtverwaltung den kindergarten-platz-spitzenbedarf in zwei neusiedlungsgebieten erfolgreich abdecken. (may)

1105

aspornplatz wird julius raab-platz

2 wien, 18.10. (rk) die umbenennung des bisherigen aspernplatzes in julius raab-platz beschloss montag der gemeinderatsausschuss fuer kultur, jugend und bildung. ein entsprechender antrag wurde schon im vergangenen jahr von der bezirksvertretung des 1. bezirkes einstimmig beschlossen. der aspernplatz wurde neben seiner prominenten lage auch deswegen fuer diese umbenennung ausgewaehlt, weil bisher in wien sechs oeffentliche verkehrsflaechen die bezeichnung aspern in ihrem namen hatten. (may)

1106



L o k a l :

\*\*\*\*\*

## dritter sonderkindergarten fuer wien

3 wien, 18.10. (rk) wien wird einen dritten staedtischen sonderkindergarten erhalten. das dritte institut dieser art wird im 12. bezirk, boergasse - hermann broch-gasse, errichtet. voraussichtlicher kostenpunkt: 27 millionen schilling. die ersten drei millionen fuer dieses vorhaben sollen noch heuer ihrer verwendung zugefuehrt werden. wien wird mit diesem sonderkindergarten dann insgesamt 438 sonderkindergartenplaetze anbieten koennen. dazu kommen noch die ambulanten betreuungsangebote fuer behinderte kleinkinder in den beiden bereits bestehenden staedtischen sonderkindergaerten 21, franklinstrasse 3, seit vergangenem herbst und demnaechst auch im auer-welsbach-park. (may)

1108



Kommunal:

Wiener Landtag  
=====

Wien, 18.10. (RK) Der Wiener Landtag trat Montag unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka zu einer Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war eine Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes, die mit 1. Jänner 1977 in Kraft treten soll.

Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) hob als Berichterstatter die in echt parlamentarischer Weise geleistete Vorarbeit zu dieser Gesetzesänderung hervor. Gewöhnlich wird ein Magistratsentwurf ausgearbeitet und zur Begutachtung versandt. Diesmal beriet ein eigens eingesetzter Unterausschuß des Finanzausschusses die Probleme und erst danach wurde ein Magistratsentwurf erstellt und zur Begutachtung ausgesandt.

Ziel der Änderung ist es, Vergnügungen, die einfach zum städtischen Leben gehören, zu fördern, erklärte Mayr abschließend.

Für Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) ist es unverständlich und blamabel, daß die Wiener Handelskammer einer Koppelung von einem Steuersatz mit dem Verbraucherpreisindex zugestimmt hat. Die Novelle sieht nämlich vor, daß fixe in Schilling ausgedrückte Steuersätze entsprechend einer Änderung des Verbraucherpreisindex durch den Gemeinderat ohne Gesetzesänderung neu festgesetzt werden können. Hirnschall lehnte diese erstmalige im österreichischen Abgaberecht verwendete Regelung entschieden ab und verwies auf Bedenken des Finanzministeriums und der Arbeiterkammer. Er verlangte eine ersatzlose Streichung dieses Paragraphen und brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Ein zweiter Antrag betreffend Steuerfreiheit für Minigolf fand ebenso wie der erste keine ausreichende Unterstützung. Beide Anträge werden nicht weiterbehandelt.

Hirnschall kritisierte im weiteren die kurze Begutachtungsfrist. Positiv hob er die steuerlichen Erleichterungen für sportliche Betätigung und für Veranstaltungen in kleinen Gasthäusern hervor.



Eine Umschichtung bei annähernd gleichem Aufkommen wird die beabsichtigte Novelle bringen, erklärte Abg. Schneider (ÖVP). Günstige Auswirkungen sind für den Sport, den Fremdenverkehr und die Kinos zu erwarten. Besonders hob Schneider die Freistellung für fallweise Veranstaltungen in kleinen Gasthäusern, im "Beisel ums Eck", hervor. Das ist wichtig, denn der Wiener braucht sein Beisel und der Fremde sucht landestypische Lokale. Ein Wunsch der Fremdenverkehrswirtschaft, der schon seit Jahren besteht, wurde aber wieder nicht berücksichtigt: Die Konsumationssteuer bleibt aufrecht und damit ist Wien die einzige Stadt mit einer doppelten Vergnügungssteuer. Der Redner brachte einen gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen auf verschiedene weitere Verbesserungen der Novelle ein. (sei)

Abg. Sallaberger (SPÖ) bezifferte die Einnahmen aus dem Vergnügungssteuergesetz im Jahr 1975 mit 85 Millionen Schilling. Davon seien 15 Millionen durch Rückvergütungen wieder zurückgeflossen. Daraus entstanden zusätzliche Arbeitskosten. Als die wesentlichsten Ziele der Novellierung bezeichnete Sallaberger die Vereinfachung des unüberschaubar gewordenen Gesetzes, seine Wiederverlautbarung, die Vereinheitlichung der Steuersätze, die Anhebung der Freigrenzen, die Auflassung überholter und die Einführung neuer Besteuerungstatbestände sowie die Beseitigung des Rückvergütungswesens.

Jugendorganisationen, die außerhalb der Schule Jugendarbeit leisten, werden in Zukunft von der Vergnügungssteuer ausgenommen sein. Auch Rundfunk- und Fernsehanlagen in Lokalen, Puppen- und Marionettentheater und Tanzschulen werden künftig nicht mehr vergnügungssteuerpflichtig sein. Kleineren Gasthäusern wird die Durchführung von Veranstaltungen wesentlich erleichtert. Bisher wirkten Behördenwege oft abschreckend. Veranstaltungen in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Lehrlingsheimen u.ä. werden aus der Vergnügungssteuer überhaupt ausgenommen. Die Steuersätze für die Kinos wurden vereinfacht. Der Höchststeuersatz wird in Zukunft 10 Prozent betragen. 65 Prozent der Wiener Kinos sind durch die neuen Bestimmungen von der Vergnügungssteuer ausgenommen. Wird Minigolf aus der Vergnügungssteuer ausgenommen, müßte Sportgroschen bezahlt werden.

Stadtrat Mayr nahm in seinem Schlußwort zur Kritik Dr. Hirn-



schalls an der Indexbestimmung Stellung. Dr. Hirnschall mache aus einer Schutzbestimmung eine "exzessive Besteuerung". In Wahrheit handle es sich um eine äußerst maßvolle Regelung. Während in den meisten Bundesländern die Höhe der Vergnügungssteuer groÙteils freies BeschluÙrecht der Gemeinden sei, lege in Wien der Landtag dem Gemeinderat einen weitaus engeren Rahmen an. Der Gemeinderat kann die Anhebung von Steuersätzen nur im Rahmen der Erhöhung des Verbraucherpreisindex beschließen.

Abstimmung: Der gemeinsame Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage wurde in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. (ger)



Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Nachruf auf Jacobi und Sigmund

Wien, 18.10. (RK) Zu Beginn der Sitzung würdigte Bürgermeister Leopold Gratz Leben und Wirken der vor wenigen Tagen verstorbenen ehemaligen Stadträte Maria Jacobi und Rudolf Sigmund, die viele Jahre wichtige Ressorts der Stadtverwaltung geleitet und am Wiederaufbau Wiens nach dem Zweiten Weltkrieg einen maßgeblichen Anteil hatten.

Dank an Brückenbauer

Anlässlich der Fertigstellung der Straßenbahnbrücke über die Donau wies Gratz darauf hin, daß alle daran Beteiligten Außerordentliches geleistet haben. Er sprach allen - den Angehörigen der **Feuerwehr**, des Bundesheeres, der Polizei, den Arbeitern, Angestellten und Ingenieuren der Bau- und Stahlfirmen, den Bediensteten des Magistrats und der Verkehrsbetriebe - den besonderen Dank dafür aus. Gratz kündigte an, daß er dem Landtag die Einführung einer einheitlichen Auszeichnung für Mitbürger vorschlagen werde, die sich in besonders gefährlichen und schwierigen Situationen bewähren.

An Anfragen lagen dem Gemeinderat fünf von der FPÖ und vier von der ÖVP vor. Zwei Anträge der ÖVP betreffend Wohnbeihilfe bei Familienzusammenführung sowie Erstellung eines Hallenbäderkonzepts und ein Antrag der FPÖ, betreffend Wahrung des Stadtbildes am Ballhausplatz, wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Anschließend erfolgte die Wahl der Gemeinderäte Franziska Fast und Hirsch (beide SPÖ) sowie GR. Traindl (ÖVP) und VK. Stift in die Gemeinderätliche Personalkommission.

Hallenstadion

GR. Brosch (SPÖ) referierte den Antrag, den Sachkredit für das Hallenstadion in der Engerthstraße um 45 Millionen S auf 190 Millionen zu erhöhen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) machte für die Krediterhöhungen, die seit der ursprünglichen Planung vorgenommen wurden, Planungsfehler verantwortlich. Es sind immer neue Umplanungen erfolgt - vom reinen Radstadion, das eine Fehlinvestition gewesen wäre, bis zur heutigen Mehrzweckhalle mit einem Fassungsraum für 8.000 Zuschauer.



Die Gesamtkosten stehen nicht im Einklang zum sportlichen Wert der Halle, und voraussichtlich ist der Fassungsraum zu groß, weil in den letzten Jahren die Zuschauerzahlen sinken. Um das gleiche Geld, das die Halle kostet, hätte man fünf Hallenbäder oder sechs bis sieben Rundturnhallen bauen können, die in den Bezirken dringend gebraucht werden.

Die lange Bauzeit kritisierte GR. Prof. Bittner (ÖVP) und sprach die Vermutung aus, daß die Halle noch immer nicht fertiggestellt werden würde, wenn nicht im kommenden Jahr die Weltmeisterschaften der Junioren im Radrennen stattfänden. Man habe bei der Planung der Halle die Experten, insbesondere den Landessportbeirat, nicht zu Rate gezogen. Die wichtigste Lehre für die Zukunft sollte sein, daß rechtzeitig die Fachleute zur Mitplanung herangezogen werden.

GR. Dr. Müller (SPÖ) meinte, man sollte vor lauter Kritik nicht die tatsächlich erfolgte Leistung übersehen. Das Hallenstadion ist eine wichtige Station in der Reihe großer Sportstätten, die von der Stadt Wien - Stadionausbau, Stadthalle, Stadthallenbad, WIG-Hallen, Weststadion - sowohl für die Entwicklung des Spitzen- als auch des Massensports geschaffen wurden. Man war auch immer bemüht, die Fertigstellung möglichst rasch zu erreichen. Was die künftige Ausnützung betrifft, wird der Betrieb von der Stadthalle übernommen werden, die einen eingespielten, guten Apparat besitzt. Mit den verschiedensten Verbänden wurden bereits Gespräche geführt und Verhandlungen begonnen. Eine Anlage für 8.000 Zuschauer ist durchaus zweckmäßig, weil damit eine Lücke geschlossen wird. Ein abgestuftes Angebot ist durchaus notwendig.

Im Schlußwort wies der Berichterstatter darauf hin, daß man statt Fehlplanung Zusatzplanung sagen muß. Bis zum Beginn der Junioren-Rad-WM am 14. Juli 1977 wird die Halle fertig sein. In Zukunft sollte es eine Zusammenarbeit bei der Planung solcher Anlagen geben, neue Erkenntnisse und internationale neue Abmachungen werden aber dennoch immer wieder zu berücksichtigen sein.

Abstimmung: Von ÖVP und SPÖ angenommen. (smo)



### Reichsbrücken Wettbewerb

GR. Brosch (SPÖ) beantragte die teilweise Verlegung des linken Donausammlers. Diese Änderung habe sich im Zuge des Ausbaus des verbesserten Hochwasserschutzes und des Baus der Trasse der A 22 als notwendig erwiesen.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) nahm diesen Antrag zum Anlaß, um über den Reichsbrückenwettbewerb zu sprechen: Im letzten GRA-für Stadtplanung habe Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf Wurzer über den Projektwettbewerb Reichsbrücke berichtet. Als Entscheidungsgrundlage für die Ausschreibung des Wettbewerbs sei die Gestaltung der Donauinsel im Mittelteil bereits von der Jury festgelegt worden, ohne daß bisher darüber seine bindende Entscheidung im Ausschuß oder in der gemeinderätlichen Planungskommission gefallen sei.

Zum Wettbewerb selbst sei zu sagen, daß auf Grund der Teambildung von Architekten und Firmen, die Variantenmöglichkeiten der Gestaltung nicht genügend ausgeschöpft werden könnten. Die Abwicklung eines einstufigen Ideenwettbewerbs wäre nach Meinung Dr. Mayrs in der gleichen Zeitspanne durchzuführen gewesen. Außerdem seien die Erklärungen Müller-Hartburgs, des Präsidenten der Bundes-Ingenieurkammer, befremdlich, daß zwar nur österreichische Architekten beim Wettbewerb zugelassen werden dürfen, bei der Bauausführung jedoch auch ausländische Firmen. Dr. Mayr wolle die Vorgangsweise zum Projektwettbewerb Reichsbrücke als Panne eines neuen Stadtrats, aber nicht als neue Gangart in der Stadtplanung akzeptieren.

Bürgermeister Leopold Gratz erklärte, daß die endgültigen Entscheidungen über den Projektwettbewerb Reichsbrücke beziehungsweise über die Vergabe der Projekte selbstverständlich von der gemeinderätlichen Planungskommission getroffen werden, die sofort nach dem Eintreffen der letzten Sitzungsprotokolle der Donaujury einberufen werde.

Abstimmung: Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen. (b.

### Instandsetzung Siedlung "Am Wienerfeld Ost"

Die in Favoriten gelegene Siedlung "Am Wienerfeld Ost" soll mit einem Aufwand von 51,420.000 S instandgesetzt und verbessert werden.



1976 soll ein Betrag von 300.000 S genehmigt werden, eine weitere Baurate in der Höhe von 10.000.000 S und der Restbetrag von 41.120.000 S ist in den Voranschlägen der Folgejahre sicherzustellen. Dies beantragte GR. Deutsch (SPÖ) als Berichterstatter.

Die zu geringe Information der Mieter über das Vorhaben kritisierte GR. Neunteufel (ÖVP). Über den Baubeginn, über die wesentlichsten Etappen und über die Mietzingsgestaltung müßten die Mieter genauestens aufgeklärt werden.

Hätte man früher geplant und instandgesetzt, hätte man sich einiges erspart. Aber man konzentrierte sich lieber auf Riesensprojekte wie die UNO-City und kam dann in Finanzierungsnot bei so wichtigen Dingen wie der Instandsetzung. Nun muß die Gemeinde einen Weg beschreiten, den sie selbst jahrzehntelang verteufelt hat: Die Kosten auf die Mieter zu überwälzen. Zahlen diese derzeit einen Schilling pro Quadratmeter im Monat, wird der Grundzins in Zukunft das Achtfache betragen. Diese Erhöhung belastet vor allem ältere Personen.

Neunteufel regte an, die Gebäude in der Siedlung ins Eigentum der Mieter übergehen zu lassen. Die Leute würden diesen Vorschlag sicherlich begeistert begrüßen.

Der Bestand der Siedlung wurde niemals ernsthaft in Zweifel gezogen, erklärte GR. Ludwig (SPÖ). In den Jahren 1959 und 1960 wurden größere Instandsetzungsarbeiten vorgenommen und es sind daher heute keine nennenswerten Mietzinsreserven vorhanden. Die Kosten für eine Generalinstandsetzung sind wegen der besonderen Struktur der Siedlung sicherlich höher, als vergleichsweise in einer Wohnhausanlage. In einer Mieterversammlung am 4. Juli 1975 waren über 400 Personen anwesend und damals war ein eindeutiger Trend erkennbar. Die Mieter akzeptierten, daß sie erhöhte Mieten für eine Generalsanierung bezahlen müßten. Die Stadt Wien wird zwar einen achtfachen Mietzins einheben, dieser deckt aber bei weitem nicht die Kosten der Generalsanierung. Den Rest trägt die Stadt. Wenn bisher durchschnittlich 240 bis 250 S pro Monat gezahlt werden, so werden es in Zukunft 650 bis 670 S sein. Natürlich kann auch die Mietenbeihilfe in Anspruch genommen werden.



Den Vorwurf der zu geringen Information der Mieter wies Lustig zurück. Er führte die Informationsveranstaltungen im vorigen Jahr an. Als Folge dieser Veranstaltungen wurde ein Komitee der Mieter gegründet und ein Großteil der Mieter läßt sich durch die Mietervereinigung vertreten. Alle Mieter wurden schriftlich über die geplanten Mietenänderungen informiert.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (sei)

#### Anstaltenamt als Betrieb

Stadtrat Schieder (SPÖ) referierte den Antrag, die Magistratsabteilung 17 - Anstaltenamt ab 1. Jänner 1977 als Betrieb zu führen.

GR. Krenn (FPÖ) verwies darauf, daß diese Umwandlung des Anstaltenamtes in einen Betrieb ein Jahr später als vorgesehen erfolge. Um die Bestellung Dir. Wilflings als Berater von Stadtrat Stacher habe es ein einjähriges "Gerangel" gegeben. Krenn nahm grundsätzlich zur Frage der Spitalsfinanzierung Stellung und meinte, daß die Kosten für das Gesundheitswesen von der Allgemeinheit zu tragen seien. Spitalssteuern jeder Art lehne die FPÖ ab.

Laut Zielplan für die Krankenversorgung soll durch Strukturänderungen die Wirtschaftlichkeit der Krankenanstalten erhöht werden. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Einführung eines neuen Verrechnungssystems werde es Jahre dauern, bis in der Führung des Anstaltenamtes der gewünschte Endzustand erreicht sein wird.

Stadtrat Univ.Prof. Dr. Stacher (SPÖ) ging auf die Vorgeschichte des Antrages ein: Als er 1973 die Geschäftsgruppe übernommen habe, seien weder ein Plan, noch Planungsgrundlagen vorgelegen. Deshalb sei der Zielplan für die Krankenversorgung erarbeitet worden, der am 1. Jänner 1975 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Fünf Punkte standen im Mittelpunkt: Die Frage der Lokalisation der Spitäler, die bauliche Situation, die wirtschaftliche Führung, die personelle Situation und organisatorische Probleme:



- 1) Lokalisation: Es wurde der Beschluß gefaßt, vier Versorgungsräume zu schaffen. Drei Gruppendiffektionen wurden installiert.
- 2) Bauliche Situation: Rasche Entscheidungen waren notwendig. Mit dem Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost wurde bereits begonnen. Im Wilhelminenspital wurde eine Abteilung für Langzeiterkrankungen und Rehabilitation, in Lainz eine Neurologie geschaffen. Ende 1976 wird ein umfangreiches Gutachten über die bauliche Situation vorliegen. Der Ausbau von Ambulanzen wurde forciert.
- 3) Wirtschaftliche Führung: Zahlreiche Studienaufträge wurden vergeben. Nächstes Jahr wird in allen dazu geeigneten Abteilungen probeweise die Einführung der Kostenstellenrechnung erfolgen.
- 4) Personelle Situation: Als Maßnahme gegen den Mangel an Pflegepersonal wurden der Bau und die Planung von Personalwohnungen forciert. Die Zahl der Schulplätze wurde vermehrt. Stacher verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß sich die angespannte Situation auf dem Personalsektor in einigen Jahren wesentlich bessern werde. Die Ausbildung wurde verbessert, mehrere Managementkurse wurden durchgeführt.
- 5) Organisation: 1975 wurde die Magistratsabteilung 17 mit einer neuen Geschäftseinteilung versehen. Zwei Anstalten wurden bereits auf EDV umgestellt.

Der heute vorliegende Antrag auf Umwandlung der MA 17 in einen Betrieb sei ein weiterer Schritt zu einem modernen Krankenanstaltenwesen im Rahmen der konsequenten Durchführung des Krankenanstaltenplanes.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (ger)

#### Brückeninstandhaltung

GR. Nußbaum (SPÖ) beantragte die zweite Erweiterung des Sachkredits für Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten an verschiedenen Brücken um 500.000 S auf 2,5 Millionen S.



GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) wies darauf hin, daß seit dem Reichsbrücken-Einsturz 34 Brücken mit Nachdruck überprüft werden. Als Konsequenzen davon hat es bereits Sperren und die Errichtung von Behelfsbrücken - wie bei der Landstraßer Gürtelbrücke - gegeben. Der Zustand der Brücken, der zur verstärkten Überprüfung geführt hat, kann nicht über Nacht entstanden sein. Das heißt, daß eben bisher diesen Dingen zu wenig Augenmerk geschenkt worden ist. Der heutige Antrag zeigt, welche geringe Beträge das Milliarden-Debakel der Reichsbrücke verhindert hätten. Der Redner forderte mehr Verantwortungsbewußtsein, mehr Kontrolle.

Für die konservierenden Maßnahmen an den Wiener Brücken werden voraussichtlich noch mehr Mittel erforderlich sein, erklärte GR. Hoffmann (ÖVP). Wären solche Maßnahmen rechtzeitig und im ausreichenden Ausmaß erfolgt, hätte man heute nicht eine so große "Invalidenliste" an Brücken. Der Redner fragte, wieso in der Dringlichkeitsliste auch die Friedensbrücke aufscheine, die erst vor einigen Jahren verbreitert worden ist.

Stadtrat Böck (SPÖ) wies darauf hin, daß die nachdrückliche Überprüfung der Brücken in Wien auch erfolgt wäre, wenn nicht in Wien selbst, sondern irgendwo in Japan oder in Amerika eine Brücke eingestürzt wäre. Der Reichsbrücken-Einsturz habe drei Konsequenzen gehabt: Erstens eine wirkliche Beunruhigung in der Bevölkerung, zweitens ein augenblickliches Interesse wie nie zuvor, und schließlich drittens, daß man zur Überprüfung mehr Geld braucht. Heute wird damit ein kleiner Anfang gemacht. Neubauten, Umbauten, Sanierungen und Sperren von Brücken hat es aber immer gegeben und wird es auch immer geben.

Stadtrat Böck gab dann einen Überblick über den derzeitigen Stand: Sechs Wiener Brücken werden neu gebaut, an zehn sind Instandsetzungsarbeiten im Gang und acht sind gesperrt. Unter den gesperrten befindet sich die Marienbrücke. Sie ist wegen des U-Bahn-Baues gesperrt. Die übrigen sind lauter Stege, bei fünf davon ist der Neubau bereits geplant. Die Beamten der Brückenbauabteilungen arbeiten nicht nur besonders genau, sondern sind seit Wochen auch nachts und sonntags im Einsatz. Dafür gebührt ihnen Dank. Man sollte sie jetzt endlich in Ruhe arbeiten lassen. Man sollte auch die Bevölkerung über diese außerordentliche Mehrarbeit ausreichend informieren.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (smo)



### Abbrucharbeiten

Über die Vereinbarung mit der Konsumgenossenschaft Wien bezüglich der Durchführung der Abbruchs- und Niveauherstellungsmaßnahmen für die Fleischfabrik in St. Marx referierte GR. Mayrhofer (SPÖ). Die Stadt Wien habe die Verpflichtung übernommen, die noch bestehenden Gelände dem Bauareal einzuebnen. Die Abbruchsarbeiten kosten 2,7 Millionen S.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ba)

### Sozialmedizinisches Zentrum Ost

GR. Dr. Nowak (SPÖ) stellte den Antrag auf Errichtung des Sozialmedizinischen Zentrums Ost in Wien 22, Langobardenstraße, mit 405 Betten in neun Stationen sowie sämtlichen Verwaltungs- und Nebenräumen.

Das Sozialmedizinische Zentrum Ost befinde sich bereits seit zwölf Jahren im Planungsstadium, ein endgültiges Ende der Bauarbeiten könne vor 1982 nicht abgesehen werden, kritisierte GR. Krenn (FPÖ).

Der Baubeginn habe sich seit 1965 immer wieder verschoben, die letzte Zusicherung der endgültigen Fertigstellung sei für 1980 gegeben worden. Nun sei aus der Kürzung der Baurate von 90 auf 50 Millionen ersichtlich, daß ein Ende des Baues erst 1981 oder 1982 abzusehen sei. Pflegeheime werden in Wien dringend benötigt. Die Bauraten dürfen daher nicht gekürzt oder zurückgestellt werden. Seine Fraktion werde einen Antrag einbringen, die Baurate mit 90 Millionen festzulegen.

Stadtrat Lehner (ÖVP) betonte, daß er bereits fünfmal zum Thema Sozialmedizinisches Pflegeheim Ost gesprochen habe, ohne daß sich bisher etwas an den Verzögerungen geändert habe.

**In Wien** stünden mehr als tausend alte Menschen auf der offiziellen Warteliste für einen Pflegeheimplatz. Die Dunkelziffer sei noch um vieles höher anzunehmen. Die Umbauten in Lainz und Baumgarten gingen nur schleppend voran, im Pflegeheim Süd habe man die Bettenanzahl von 1.000 auf 500 reduziert, ohne dafür mit dem geplanten Projekt Webergasse tatsächlich Ersatz zu schaffen. Ein Finanzierungsgesetz des Bundes für das AKH stehe außerdem noch aus.



Zur Personalsituation sei festzustellen, daß in Wien im Gegensatz zu Niederösterreich die Überfuhr versäumt worden sei. Wien habe es versäumt, genügend Schwesternheime zu bauen, obwohl 5.000 Krankenschwestern fehlen. Viele medizinische Einrichtungen könnten daher aus Personalmangel nicht in Betrieb genommen oder nicht genügend genützt werden. (ba)

Der starke Ausbau der sozialen Dienste setzt viele alte Menschen in die Lage, länger in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, erklärte Stadtrat Stacher (SPÖ). Diese, von allen Fraktionen gewünschte, Entwicklung verringert den Zustrom in die Pflegeheime, macht jedoch nicht den weiteren Ausbau überflüssig, da noch immer ein beträchtlicher Fehlbestand an Betten vorhanden ist. Der Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost war immer in drei Etappen geplant: Die erste eine Krankenpflegeschule mit einem Personalwohnheim, dann ein Pflegeheim, und zuletzt ein Spital. Verzögerungen hatten planerische, jedoch keine finanziellen Ursachen.

Um mehr Pflegepersonal zur Verfügung zu haben, wurde in den letzten beiden Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze um mehr als zweihundert vermehrt und das Eintrittsalter auf 15 Jahre herabgesetzt. Vergleiche mit dem ländlichen Raum müßten berücksichtigen, daß dort leichter Personal zu finden ist. Die Krankenpflege hat dort ein größeres sozialeres Prestige als in der Stadt.

Abstimmung: Die Errichtung des Pflegeheimes wurde einstimmig angenommen. Ein ÖVP- und FPÖ-Antrag, das Krediterfordernis in den nächsten Jahren nicht zu kürzen, wurde dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaft zugewiesen. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)



k o m m u n a l :

=====

psychiatrisches krankenhaus baumgartner hoehe:  
forcierte sanierungsmassnahmen

4 wien, 18.10. (rk) die in den letzten jahren begonnenen umfangreichen sanierungsmassnahmen im psychiatrischen krankenhaus baumgartner hoehe werden forciert fortgesetzt. montag genehmigte der gemeinderatsausschuss fuer gesundheit und soziales zu den bereits zur verfuegung gestellten mitteln weitere 14 millionen s. neben der sanierung der hauptkueche soll damit vor allem die einrichtung in den krankenzimmern - betten, nachtkaeestchen und schraenke - erneuert, aber auch verschiedene aufenthaltsraeume adaptiert werden, in denen sich die pfleglinge untertags aufhalten koennen. (zi)

1158

pressegessaech von buergermeister gratz

5 wien, 18.10. (rk) das naechste pressegessaech von buergermeister leopold g r a t z findet nach der sitzung der landesregierung und des stadsenats am mittwoch, dem 20. oktober, um etwa 11 uhr, in den repraesentationsraeumen des buergermeisters (rathaus, praesidialstiege, halbstock) statt. (sti)

1159



L o k a l :

=====

zum weltspartag:

eine million fuer wiener naturschutz

14 wien, 18.10. (rk) fuer den naturschutz in wien, fuer die erhaltung der naturdenkmaeler stellt die erste oesterreichische spar-casse anlaesslich des weltspartages 1976 der stadt wien mindestens eine million s zur verfuegung. um diesen betrag sollen in zusammenarbeit mit der stadt wien und dem ludwig boltzmann-institut fuer umwelt, wissenschaft und naturschutz in allen wiener bezirken naturdenkmaeler gerettet, saniert oder verschoenert werden, teilte generalsekretaer dr. h a n s h a u m e r montag mit.

so werden in der schoenbrunner allee am tag vor dem weltspartag, am 28. oktober, mehrere stark beschaedigte baeume durch neue kastanien und ahorne ersetzt werden. an dieser baumpflanzung wird auch der fuer den umweltschutz zustaeundige stadtrat p e t e r s c h i e d e r teilnehmen.

die wertvollen alten baeume im rathauspark und im stadtpark sollen durch eine tafel mit der aufschrift "naturdenkmal" eigens gekennzeichnet werden. im 5. bezirk, in der nikolsdorfer gasse, wird von der ersten oesterreichischen ein alter, stark beschaedigter maulbeerbaum mit einer neuen, vor allem in deutschland angewandten baumchirurgie-methode saniert, am heschteich in penzing wird nach saeu-berungsaktionen der naturschutzjugend ein kleines erholungsgebiet mit rustikalen sitzbaenken geschaffen. und fuer die jugend im 15. bezirk ist in der stiegergasse 11 die gestaltung eines spielplatzes mit einer 30 meter langen malwand und mobilen spielplatzgeraeten geplant.

die erste oesterreichische will mit dieser aktion zum "sparen mit der umwelt", zu einem verstaerkten umweltbewusstsein in der bevoelkerung beitragen. die mittel fuer die naturschutzaktion werden indirekt von den kunden des geldinstitutes erbracht: fuer jede im weltspartag 1976 in der hauptanstalt und in den 66 zweigstellen getaetigte einlage wird die erste oesterreichische anstelle der uebli-chen weltspartags-geschenke zehn schilling - mindestens jedoch eine million - in einen eigenen fonds legen, der fuer die sicherung und

./.



rettung der naturdenkmaeler in den wiener bezirken bestimmt ist. durchgefuehrt werden die notwendigen arbeiten selbst vom stadtgartenamt und von verschiedenen wiener naturschutzorganisationen. die kunden der ersten oesterreichischen werden am weltspartag in jeder filiale und in der hauptanstalt auch eine fragekarte erhalten, auf der sie ankreuzen koennen, ob sie lieber eines der ueblichen weltspartags-geschenke haetten oder ob ihnen die naturdenkmal-aktion besser gefaellt. (hs)

1458